



NRW
CDU

Kämpferisch in den Schlußspurt

Entschlossen, kämpferisch, optimistisch – so präsentierte sich die nordrhein-westfälische CDU zum Auftakt der heißen Phase des Landtagswahlkampfes am 22. April in der Düsseldorfer Philipshalle. Zu Beginn des Schlußspurts war Bundeskanzler Helmut Kohl nach Düsseldorf gekommen, um Helmut Linssen, dem Ministerpräsidenten-Kandidaten, den Rücken zu stärken.

Kohl lobte Helmut Linssen als kompetenten und sachkundigen Politiker, mit dem Nordrhein-Westfalen einen politischen Neubeginn starten könne. Der Bundeskanzler nutzte die Gelegenheit zu einer Klarstellung in der Diskussion um den 8. Mai: Niemand habe das Recht, festzulegen, was die Menschen in ihrer Erinnerung an diesen Tag zu denken hätten, so der Bundeskanzler unter dem Beifall der 5 000 Besucher.

Scharf ging Helmut Kohl mit NRW-Ministerpräsident Rau ins Gericht, dem er seine „Liebedienerei“ gegenüber dem früheren SED-Regime vorhielt. Wie wäre es wohl den Menschen in den Botschaften von Budapest oder Prag ergangen, wenn Rau 1987 bei der Bundestagswahl gesiegt hätte, fragte der Kanzler. ▶

HEUTE AKTUELL

● Bremen

Für Bremen steht fest: Neuanfang nur mit starker CDU möglich.
Seite 3

● Bundesvorstand

Generalsekretär Peter Hintze: Wir werden die Regelungslücke im Strafrecht schnell schließen.
Seite 4

● Steuern

Unsere Steuerpolitik: Wachstumsorientiert, leistungsgerecht, familienfördernd und mittelstandsfreundlich. Seite 8

● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot (2/95) der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle.
Seite 13–28 (Rosa Teil)

● Dokumentation

Die „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS). Porträt eines trojanischen Pferdes. Mit einem Vorwort des Generalsekretärs.
Grüner Teil



Herzliche Begrüßung
des Bundeskanzlers
in Düsseldorf

► Auch CDU-Spitzenkandidat Helmut Linssen griff den amtierenden Ministerpräsidenten mit deutlichen Worten an. „Johannes Rau ist Vergangenheit, wenden wir uns der Zukunft zu“, rief er den Menschen in der Philipshalle zu. Das System Rau stehe für Entscheidungsschwäche und Wegtauchen in schweren Situationen. Es stehe für ein wucherndes Geflecht von Klüngel, Filz und Privatverpflichtungen. In Düsseldorf seien Vetternwirtschaft und Ämterpatronage zu Säulen der Politik geworden.

Helmut Linssen forderte einen politischen Neuanfang und formulierte fünf große Ziele für Nordrhein-Westfalen:

- Eine starke Wirtschaft, mit der wir in Europa an die Spitze kommen, so daß möglichst viele Menschen gute Arbeitsplätze haben und unser Wohlstand stabil begründet ist.
- Ein menschlicher und leistungsfähiger Sozialstaat, in dem Eigenverantwortung und Solidarität mit den Schwächeren gelebt werden.
- Ein starker und wertebewußter Staat, der seinen Bürgern Sicherheit gewährleistet und menschliche Tugenden wieder zur Grundlage des Zusammenlebens macht.

● Eine Zivilisation, in der Wohlstand und gesunde Umwelt dauerhaft miteinander im Gleichgewicht sind.

● Ein lebendiges kulturelles Leben, in dem Wissenschaft und Forschung, moderne Technik und Natur, Tradition und Fortschritt, Gemeinschaftssinn und Selbstbewußtsein sich entfalten können.

Zuvor hatte NRW-Generalsekretär Herbert Reul nach dem Eintreffen des Bundeskanzlers, des Spitzenkandidaten und des Landesvorsitzenden Norbert Blüm die Zuhörer richtig in Stimmung gebracht. „Wir dürfen es diesem Land nicht antun, daß die sozialdemokratische Trümmertruppe unter Vorsitz von Johannes Rau weiterhin die Geschicke des Landes bestimmen kann“, appellierte Herbert Reul an seine Partei.

Den Schlußpunkt in der Philipshalle setzte Norbert Blüm, der betont kämpferisch zu einem energischen Schlußspurt in den letzten drei Wochen aufrief. Dabei machte er deutlich, daß die CDU am 14. Mai 1995 keine Stimme zu verschenken habe, schon gar nicht an die FDP, die gegebenenfalls auch mit Johannes Rau regieren wolle.

Für Bremen steht fest: Neuanfang nur mit starker CDU möglich

Im Bundesland Bremen ist der Wahlkampf in die heiße Phase eingetreten. Am 14. Mai entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven darüber, welchen Weg die alte Hanse-Stadt gehen wird.

Die Alternativen sind klar: Auf der einen Seite steht Rot-Grün. Dieser Koalition ist es zu verdanken, daß das kleinste Bundesland in eine Sackgasse geraten ist:

- Die Verschuldung ist derart gestiegen, daß Bremens Selbständigkeit in Gefahr ist.
- Erstmals in seiner Geschichte ist der Zwei-Städte-Staat auf Sonderzuweisungen aus Bonn angewiesen.
- Wichtige Investitionen für Zukunftsprojekte und neue Arbeitsplätze werden von Rot-Grün blockiert.

Die CDU mit Ulrich Nölle an der Spitze stellt dem eine verlässliche Politik für einen Aufschwung und zukunftsichere Arbeitsplätze entgegen. Grundlage dafür sind Kompetenz und Durchsetzungskraft, damit zuallererst die Finanzen in Ordnung gebracht werden.

Eine neue Gruppierung fällt vor allem durch ihre Wendemanöver auf: Die AfB (Arbeit für Bremen/Bremerhaven) entstand ursprünglich aus Ablehnung gegen die bisherige rotgrüne Politik. Ihre führenden Vertreter sind langgediente Sozialdemokraten, die nun aus der SPD austraten.

Aber wer weiß, ob die Wählergemeinschaft nicht doch mit der SPD zusammengehen würde. Die AfB schließt das nicht aus. Doch damit blieben Bremen und Bremerhaven in der Sackgasse. Die Bremer CDU stellt klar:

Neuanfang nur mit starker CDU möglich

Wer den politischen Neuanfang in Bremen/in Bremerhaven will, muß am 14. Mai CDU wählen. Es geht nicht nur darum, einen rotgrünen Senat zu verhindern, sondern die Sozialdemokraten in die Opposition zu schicken, damit ein richtiger Neuanfang möglich wird. Dieser geht nur unter Führung einer starken CDU.

In der neuen Wählerinitiative „Arbeit für Bremen“/„Arbeit für Bremerhaven“ (AfB) haben sich überwiegend ehemalige Sozialdemokraten zusammengeschlossen, die über Jahrzehnte SPD-Politik mitverantwortet haben. Die AfB will zwar auch Rot/Grün verhindern, schließt aber eine Koalition mit der SPD nicht auch.

Die Sozialdemokraten in AfB und SPD haben viel gemeinsam. Das machen die AfB-Positionen gegen Privatisierungen deutlich. Das gilt auch für die AfB-Forderung nach mehr Gesamtschulen. Niemand kann heute sagen, mit wem die AfB nach dem 14. Mai regieren will, – geschweige denn, wie sich diese Wählerinitiative entwickelt.

Alle Prognosen besagen, daß die AfB sicher in die Bürgerschaft kommt. Aber nur die CDU steht für eine klare und verlässliche Politik. Wer CDU-Politik will, muß CDU wählen. Und wer Ulrich Nölle als Bürgermeister will, muß auch CDU wählen. Es darf keine Stimme an andere verschenkt werden.

Deshalb am 14. Mai: CDU!

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir werden die Regelungslücke im Strafrecht schnell schließen

Mit tiefer Betroffenheit hat nach den Worten von Generalsekretär Peter Hintze der Bundesvorstand auf die Anschläge gegen den nordrhein-westfälischen Spitzenkandidaten Helmut Linsen und den CDU-Bundestagsabgeordneten Theo Blank vom Wochenende reagiert und Erleichterung darüber zum Ausdruck gebracht, daß kein Mensch zu Schaden gekommen ist.

Auf einer Pressekonferenz im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung am 24. April im Konrad-Adenauer-Haus bekräftigte der Generalsekretär die deutliche Absage der CDU an Gewalt und Extremismus und forderte eine intensive Fahndung nach den Tätern. Peter Hintze: Der Rechtsstaat muß sich als wehrhafte Demokratie erweisen. Es darf nicht dazu kommen, daß politische Ziele mit dem Einsatz brutaler Gewalt verfolgt werden.

Mit großer Sorge sehe die CDU auch die gewalttätigen Aktionen im Zusammenhang mit dem Transport der Castorbehälter, wobei Schienen durchgesägt, Bahnschwellen untergraben, Oberleitungen sabotiert werden und sogar in Kauf genommen werde, daß Menschenleben zu Schaden kommen.

Peter Hintze: Diese kriminellen Machenschaften müssen von den Demokraten gemeinsam zurückgewiesen werden. Ich fordere deshalb die Sozialdemokraten dazu auf, nicht durch verbale Angriffe gegen diejenigen, die nach Recht und Gesetz handeln, Öl ins Feuer der gewalttätigen Demonstranten zu gießen.

Was die Sitzblockaden von Straße und Schiene angeht, kündigte der Generalse-

ekretär an, daß die CDU entschlossen ist, die Regelungslücke im Strafgesetzbuch, auf die auch das Bundesverfassungsgericht in seiner schriftlichen Urteilsbegründung noch einmal ausdrücklich hingewiesen hat, schnell zu schließen.

Der Bundesvorstand hat sich auch mit den Ergebnissen des Weltklimagipfels in Berlin befaßt und diese Konferenz als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer ökologischen Gesamtverantwortung der Völkergemeinschaft gewürdigt.

Peter Hintze: Es ist Angela Merkels beharrlicher und kluger Verhandlungsstrategie zu verdanken, daß der Weltklimagipfel diesen wichtigen Schritt weitergekommen ist.

Besonders ausführlich hat sich der Bundesvorstand mit der Arbeit der CDU vor Ort beschäftigt. Die Kommunalpolitik ist das Fundament der gesamten politischen Arbeit und damit auch die Voraussetzung für den Erhalt und Ausbau der strukturellen Mehrheitsfähigkeit der CDU über das Jahr 2000 hinaus.

Peter Hintze: Wir können erfreut feststellen, daß wir, was die Zahl der kommunalen Mandate angeht, mit beachtlichem Vorsprung vor der SPD auf dem ersten Platz liegen. Wir wollen uns aber auf diesem ersten Platz nicht ausruhen, sondern uns angesichts veränderter Herausforderungen in der Welt weiter den großen Themen Wohnen, Arbeit und Familie, Verkehr und Ökologie widmen.

Deshalb beabsichtigt der Generalsekretär, den 3. Tag des Parteitages in Karlsruhe, auch unter das Thema Kommunalpolitik zu stellen.

Überzeugende Kommunalpolitik hilft, auch Landtags- und Bundestagswahlen zu gewinnen

Nach einer ausführlichen Diskussion über Kommunalpolitik im Bundesvorstand, der zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause am 24. April im Konrad-Adenauer-Haus zusammentrat, faßte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), Horst Waffenschmidt, die Schwerpunkte der CDU-Kommunalpolitik in einer Presseerklärung zusammen:

Alle Erfahrungen lehren: Überzeugende CDU-Kommunalpolitik hilft der CDU, auch Landtags- und Bundestagswahlen zu gewinnen. Denn vor Ort erleben die Bürger die Politik bei vielen täglichen Anliegen. Diese Erlebnisse sind mitprägend für das Gesamtbild der Partei, z. B. in der Familienpolitik.

Personalplanung ist dringender denn je wegen der zunehmenden Direktwahl der Bürgermeister und Landräte!

Wenn wir mehr Erfolge bei der zunehmenden Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten haben wollen, brauchen wir mehr Personalplanung auf Landes- und Bundesebene. Für wichtige Kommunalpositionen müssen sehr gute Kandidaten angeboten werden können. Dies gelingt bei unsicheren Mehrheiten nur, wenn später auch einmal eine sichere Wahl in Aussicht gestellt werden kann. Wir brauchen dafür Personalbörsen bei der Bundespartei und den Landesparteien, um gute Bürgermeisterkandidaten vermitteln zu können.

Kommunale Selbstverwaltung braucht mehr Entscheidungsspielräume, sonst ist sie uninteressant!

Wenn kommunale Entscheidungen, z. B. nur am „goldenen Zügel“ von Staatsbehörden hängen, haben interessante Kandidaten wenig Lust an der Mitarbeit im Kommunalparlament. Deshalb ist jetzt notwendig:

- Die Ermächtigung an Kommunen, staatliche Vorgaben für kommunale Einrichtungen auch durch eigene Gestaltungsfreiheit zu bewirken, wenn derselbe Zweck erreicht wird. Die KPV überreichte entsprechende Vorschläge an Finanzminister Waigel zur Festlegung im Bundeshaushalt.
- Die Durchsetzung der Gemeindefinanzreform mit unmittelbarer Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer.
- Bei Investitionen mehr kommunale Investitionspauschalen statt Einzeldotationen mit langen Antrags- und Bewilligungsverfahren.
- Mehr Privatisierung kommunaler Einrichtungen.

Gesetzliche Ausgabenflut darf Selbstverwaltung nicht ersticken!

Zur Zeit besteht die größte gesetzliche Ausgabenflut im Sozialhilfereich, nämlich in Höhe von rd. 50 Mrd. DM jährlich. Deshalb sind jetzt insbesondere notwendig:

- die konsequente Entlastung durch die Pflegeversicherung,
- kommunale Entlastung bei den „Seehoferplänen“,
- zusätzlich kommunale Finanzausstattung

oder Kostenentlastung an anderer Stelle bei neuen Belastungen für die Kommunen.

Unsere Mehrheiten leben vom Kontakt im „vorpolitischen Raum“!

Der Kontakt im „vorpolitischen Raum“ muß weiter verstärkt werden. Für die CDU gibt es kaum mehr „selbstverständliche“ Freundesgruppen. Die entsprechenden politischen Aktivitäten verlangen mehr Zeit und Einsatz, sind aber durch nichts zu ersetzen. Dabei ist z. B. der ständige persönliche Kontakt zu den örtlichen Sportvereinen wichtiger als ein umfangreiches sportpolitisches Grundsatzprogramm!

Starke kommunale Selbstverwaltung bewahrt vor „Bürgerinitiativenrepublik“!

Wenn die kommunale Selbstverwaltung nicht effektiv und bürgernah ist, nehmen die Bürgerinitiativen besonders zu! Meistens richten sie sich gegen eine Maßnahme und behindern oft Einrichtungen von großer Tragweite für eine Region. Darum ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung auch für die notwendige repräsentative Demokratie von großer Bedeutung!

Bei den zunehmenden weltweiten Organisationsformen brauchen die Menschen die Geborgenheit vor Ort!

Heimat ist wieder in! Seit die politischen und gesellschaftlichen Organisationsformen für die Bürger immer größer werden, z. B. Europaorganisationen und weltweite UNO-Aktionen, brauchen die Menschen immer mehr Geborgenheit vor Ort. Dies um so mehr, als Geborgenheit in der Kirche oder im Berufsstand schwindet. Kommunale Aktionen und Einrichtungen, z. B. Stadtfeste und Seniorentreffs, gewinnen an Bedeutung für den seelischen Zustand im Volk! Wer bei diesen Grundbedürfnissen das beste Angebot macht, gewinnt auch Wahlen besser!

Gemeindeparterschaften müssen Europa stärken und ausbauen!

Durch Tausende Städtepartnerschaften, getragen von den Bürgern, wurde Europa in die Herzen der Menschen gebracht. Was nach Westeuropa gediehen ist, muß auch nach Osteuropa und Südosteuropa weiter aktiviert werden. Hier haben die Kommunen eine historische Aufgabe für Frieden, Freiheit und Zusammenarbeit; denn in Osteuropa entscheidet sich viel für ganz Europa! Tausende kommunaler Aufbau-partnerschaften müssen staatliche und wirtschaftliche Aktivitäten ergänzen.

Die Kommunen brauchen mehr Mitsprache im politischen Geschehen!

Oft kommen sich Kommunalpolitiker als „Lastesel“ der Politik vor, die nur ausführen müssen, was Bund und Länder beschließen. Für die Kommunalpolitiker ist es wichtig, daß sie regelmäßig von den Regierungschefs in Bund und Ländern zum Gedankenaustausch eingeladen werden. Dafür reichen gelegentliche Veranstaltungen der kommunalen Spitzenverbände oder der KPV nicht aus. Auch die MdBs und MdLs sind hier gefordert. Andererseits sollen aber auch die Kommunalpolitiker nicht denken, sie alleine kennen nur die Gefühle und Gedanken der „Basis“.

Alle Aufgaben gehen die gesamte CDU und CSU an!

Die oben genannten Beispielbereiche zeigen, daß hier Aufgaben für die gesamte CDU und CSU anstehen! Es muß z. B. mehr Vorstandssitzungen und Parteitage auf allen Ebenen geben, die sich mehr mit kommunalen Aufgaben befassen! Die KPV kann in allen diesen Bereichen nur eine begrenzte Hilfestellung geben!

Genauso müssen Kommunalpolitiker der Union sich immer wieder einbringen in die Gesamtpolitik der CDU, z. B. bei der Familienpolitik, der Umweltpolitik und notwendigen Reformen des Steuerrechts.

Mehr BAföG zum Herbst 1995

Das Bundeskabinett hat am 25. April den Regierungsentwurf eines 17. BAföG-Änderungsgesetzes verabschiedet. Damit ist der Weg frei für die dringend notwendigen Leistungsverbesserungen beim BAföG.

Durch die Anhebung der Bedarfssätze um 4 Prozent zum Herbst 1995 steigen die Förderungshöchstsätze auf 990 DM in den alten und 980 DM in den neuen Bundesländern. Außerdem werden zum Herbst 1995 die Freibeträge um 4 Prozent angehoben und die Sozialpauschalen angepaßt.

Der Gesetzentwurf sieht weiter die Aufhebung der Altersgrenze von 30 Jahren für Studierende „ohne Abitur“ vor. Die besonderen finanziellen Belastungen Alleinerziehender sollen künftig bei der Darlehensrückzahlung

berücksichtigt werden. Schließlich wird die Förderung an Hochschulen ab Herbst 1996 von einem Studienstandsnachweis nach dem 2. Fachsemester abhängig gemacht.

Das pünktliche Inkrafttreten nicht blockieren

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: Mit Blick auf die Beratungen im Bundesrat appelliere ich an die Bundesländer, das pünktliche Inkrafttreten des Gesetzes nicht erneut durch eine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu blockieren. Wer jetzt auf die Bremse tritt, verhindert, daß Schüler und Studenten so schnell wie möglich in den Genuß verbesserter Förderungsbedingungen kommen.

Drei junge Landtagsabgeordnete direkt gewählt

Die hessische CDU hat einen Prozeß der Verjüngung der Hessen-Union in Gang gesetzt. Drei junge Landtagsabgeordnete gehören der neuen CDU-Landtagsfraktion an.

Sowohl Eva Kühne-Hörmann (33) wie auch Frank Gotthardt (24) und Birgit Zeimetz-Lorz (34) waren über die CDU-Landesliste nicht abgesichert und gewannen über zum Teil spektakuläre Wahlkreissiege ihr Mandat.

Eva Kühne-Hörmann siegte in einem Kassler Wahlkreis gegen Ministerpräsident Eichel mit 84 Stimmen Vorsprung. Diplom-Kaufmann Frank

Gotthardt errang mit seinem Sieg den Titel „jüngster in der Geschichte Hessens direkt in den Landtag gewählter Abgeordneter“ und setzt damit eine alte Marburger Tradition fort. Bereits Bundeskanzleramtsminister Friedrich Bohl zog im Alter von 25 Jahren in den hessischen Landtag ein.

Bei Birgit Zeimetz-Lorz krönt das Abgeordnetenmandat eine langjährige Parteiarbeit. Über Funktionen in der Jungen Union wurde sie in den Wiesbadener CDU-Kreisvorstand gewählt. Heute gehört die Verwaltungsrichterin dem CDU-Bezirksvorstand Westhessen an.

Unsere Steuerpolitik:

**wachstumsorientiert · leistungsgerecht
familienfördernd · mittelstandsfreundlich**

Bürger und Betriebe haben im Jahr 1996 insgesamt 30 Milliarden DM weniger Steuern und Abgaben zu zahlen. Dies hat das Bundeskabinett einstimmig beschlossen. Damit setzen wir nach einer schwierigen Übergangsphase der Bewältigung der Finanzierungslasten der Deutschen Einheit unsere erfolgreiche Steuerreformpolitik der 80er Jahre fort. Damals wurden alle Steuerzahler um 50 Milliarden DM netto entlastet.

1996 wird das Jahr der Steuerentlastungen:

Wir schaffen einen leistungsgerechten und familienfreundlichen Einkommensteuertarif

Ab dem 1. Januar 1996 wird das Existenzminimum in Höhe von rund 12.000 DM für Ledige und 24.000 DM für Verheiratete steuerfrei gestellt. Diese Grundentlastung wird mit steigendem Einkommen stetig abgebaut und läuft bei einem zu versteuernden Einkommen von rund 43.000 DM bei Ledigen und 86.000 DM bei Verheirateten aus. Mittlere und höhere Einkommen werden durch die leistungsfreundliche Senkung der Progressionszone um 0,7 Prozent-Punkte entlastet.

Auch künftig werden kleine und mittlere Renten nicht besteuert. Zudem bleibt das Pflegegeld steuerfrei. Das gilt auch dann, wenn es Verwandte und Nahestehende erhalten, die dem

Pflegebedürftigen aufgrund sittlicher Verpflichtung helfen.

Jeder Steuerpflichtige wird entlastet. Weitere 1,5 Millionen Haushalte müssen künftig überhaupt keine Steuern mehr zahlen. Die Gesamtentlastung kommt vor allem den unteren Einkommen zugute. Die Neuregelung ist gerecht und ausgewogen.

Wir fördern Familien

Wir haben den Familienlastenausgleich zu einem Familienleistungsausgleich weiterentwickelt. Familien können künftig zwischen einem beträchtlich erhöhten Kindergeld oder einem ebenfalls deutlich heraufgesetzten Kinderfreibetrag wählen. Das monatliche Kindergeld wird für das erste Kind auf 200 DM, für zwei Kinder auf 400 DM, für drei Kinder auf 700 DM und für vier Kinder auf 1.000 DM erhöht. Steuerpflichtige, die sich für den Kinderfreibetrag entscheiden, erhalten kein Kindergeld, können aber einen Freibetrag in Höhe von 6.264 DM geltend machen.

Wir fördern die Familien ab 1996 mit 6 Milliarden DM mehr. Der neue Familienleistungsausgleich ist effizienter, durchschaubarer und zielgenauer.

Wir vereinfachen das Steuerrecht

Die Vielzahl an steuerpolitischen Entscheidungen und Gesetzen hat die Überschaubarkeit und Planbarkeit im Steuerrecht beeinträchtigt. Das Steuerrecht wird deshalb ab 1996

Dieses Flugblatt haben in großer Auflage die wahlkampf führenden Landesverbände erhalten. Weitere Bestellungen können – solange der Vorrat reicht – an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit gerichtet werden. Telefon (02 28) 5 44-4 77.

deutlich vereinfacht. Steuerpflichtige können künftig weitgehend vereinfachte und verkürzte Erklärungsdrucke zur Einkommensteuer einreichen und wählen, ob sie ihre Steuererklärung nur noch alle zwei Jahre abgeben wollen. Wer die Kurzveranlagung wählt, erhält einen Sonderfreibetrag.

Wir setzen die Unternehmensteuerreform fort

Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen werden die Unternehmen durch die Abschaffung der Gewerkekaptalsteuer und einer weiteren Senkung der Gewerbeertragsteuer entlastet. Die Unternehmensteuerreform wird aufkommensneutral erfolgen. Die Kommunen werden zum Ausgleich an der Umsatzsteuer beteiligt; sie ist im Gegensatz zur Gewerbesteuer nicht nur eine dynamische Wachstumssteuer. Die Verbesserung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer bringt eine weitere Erleichterung beim Generationsübergang in Unternehmen.

Wir unterstützen weiter den Aufbau in den neuen Bundesländern

Vordringlichste Aufgabe bleibt die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deshalb wird die Förderung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern fortgeführt und auf die Stärkung der industriellen Basis sowie den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes konzentriert. Die Industrie erhält eine Zulage in Höhe von 5 Prozent, kleine und mittlere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks erhalten eine Zulage in Höhe von 10 Prozent. Die Sonderabschreibungen für Ausrüstungsinvestitionen, für eigenbetrieblich genutzte Gebäude im verarbeitenden Gewerbe und für die Modernisierung von Gebäuden werden mit 40 Prozent und für den Wohnungsneubau mit 20 Prozent fortgeführt. Die Vermögensteuer bleibt bis Ende 1998 ausgesetzt.

Wir stärken die Vermögensbildung

Die Einkommensgrenzen zum Erhalt der Arbeitnehmersparzulage werden von 27.000 DM für

Ledige und 54.000 DM für Verheiratete auf 35.000 DM für Ledige und 70.000 DM für Verheiratete angehoben. Damit wird die Vermögensbildung für Arbeitnehmer mit 210 Millionen DM zusätzlich unterstützt.

Darüber hinaus wird die betriebliche Vermögensbildung stärker auf die Beteiligung der Arbeitnehmer ausgerichtet: Tarifverträge über außerbetriebliche Vermögensbeteiligungen sind rechtlich zulässig. Dies gilt auch für Tarifverträge, die Betriebsvereinbarungen über die Zuwendung eines Teils des Tariflohns als Vermögensbeteiligung zu lassen.

Wir stopfen Steuer-Schlupflöcher von Spitzensportlern oder Fernsehstars

Um es Spitzensportlern, Künstlern und Fernsehstars, die in Deutschland ihr Geld verdienen, weniger interessant zu machen, ihren Wohnsitz aus steuerlichen Gründen ins Ausland zu verlegen, wird der Pauschalsteuersatz, mit dem sie besteuert werden, von 15 auf 25 Prozent angehoben.

Wir schaffen den Kohlepfennig ab

Wir ersetzen den Kohlepfennig nicht durch eine neue Steuer. Der Kohlepfennig, der zur Zeit 8,5 Prozent der Stromrechnung beträgt, entfällt ab 1996. Die Finanzierung der Steinkohlesubvention erfolgt dann über den Bundeshaushalt, eine Ersatzsteuer wird es nicht geben. Damit werden die Stromverbraucher um 7,5 Milliarden DM entlastet.

1996 wird das Jahr der Steuerentlastungen und Steuerstrukturverbesserungen. Mit dem Jahressteuergesetz 1996, dem Familienleistungsausgleich und der ersatzlosen Streichung des Kohlepfennigs haben wir die Weichen für eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenlast von Bürgern und Unternehmen gestellt. Wir knüpfen damit an die erfolgreiche Steuerreformpolitik der 80er Jahre an. Wir halten Wort!

CDU-Steuerpolitik: Gerecht und leistungsfreundlich

CDU

Brüsseler Erklärung:**Transparenz fördern –
Bürgernähe sichern**

Die EVP, die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und die EDU haben, vom 29. bis 31. März zusammen eine Parlamentarierkonferenz im Europäischen Parlament in Brüssel zur Zukunft der Europäischen Union veranstaltet. In sechs verschiedenen Arbeitsgruppen haben nationale und europäische Parlamentarier, im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996, wichtige europäische Themen diskutiert und folgende Erklärung verabschiedet:

Wir, 300 Abgeordnete der Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei, ihrer Fraktion im Europäischen Parlament der Europäischen Union aus 31 Ländern Europas, haben drei Tage lang gemeinsam über die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union beraten.

Unser Ziel war, im Bewußtsein der bestehenden unterschiedlichen Traditionen und Visionen über Parteigrenzen hinweg gemeinsame Prinzipien für die Reform der Europäischen Union zu entwickeln und frühzeitig den Dialog zwischen nationalen und europäischen Volksvertretern zu fördern. Wir wollen eine breite und öffentliche Debatte über Europa.

Die 1996 beginnende Regierungskonferenz kann nur gelingen, wenn die Bürger in allen Mitgliedsstaaten frühzeitig und umfassend in die Diskussion einbezogen werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß wir einen entscheidenden Gestaltungsbeitrag leisten können.

Der Auftrag ist eindeutig: Die Regierungskonferenz muß sich im Sinne des Maa-

strichter Vertrages und der anderen vom Europäischen Rat festgelegten Themen und vor dem Hintergrund der Frage der Erweiterung mit der institutionellen Reform, der Entwicklung einer handlungsfähigen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wie auch einer entschlossenen Politik zur Wahrung der inneren Sicherheit befassen.

Wir wollen uns für die Reform der Europäischen Union im Rahmen der Regierungskonferenz 1996 von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

● Handlungsfähigkeit verbessern

Wo Europa die Kompetenzen hat, können die Bürgerinnen und Bürger zu Recht entschlossenes und wirksames Handeln erwarten. Langwierige und umständliche Verfahren sind so zu straffen, daß die Probleme nicht nur diskutiert, sondern auch bewältigt werden können. Wir streben die Rechtsfähigkeit für die Europäische Union an, um es ihr zu ermöglichen, nach innen und außen wirksamer zu handeln.

Eine erweiterte Europäische Union muß eine gestärkte Union sein. Die Institutionen der EU müssen daher reformiert werden. Es muß eine effizient funktionierende Kommission, ein verbessertes Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat und Parlament und ein effektiveres System demokratischer Kontrolle entwickelt werden. Die meisten Teilnehmer traten ein für einen verstärkten Gebrauch der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat.

● **Transparenz fördern – Bürgernähe sichern**

Europäische Entscheidungen dürfen nicht hinter verschlossenen Türen getroffen werden, Verantwortung darf nicht hinter einer anonymen Maschinerie verschwinden. Die Entscheidungsverfahren müssen für alle Bereiche der Union vereinfacht und vereinheitlicht werden im Sinne einer klaren Aufgabenteilung zwischen Rat, Kommission, Parlament und Gerichtshof und damit für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher werden.

Über die Reform der Europäischen Union muß eine intensive öffentliche Debatte geführt werden. Nur so ist es möglich, das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union und ihre Institutionen zu festigen. Wir wollen das Europa der Bürger.

● **Demokratie stärken**

Die Europäische Union ist den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie verpflichtet. Die europäische Einigung darf daher nicht zu weniger demokratischer und parlamentarischer Mitwirkung führen. Die doppelte demokratische Legitimation, auf die sich die europäische Ordnung stützt, erfordert, daß die nationalen Parlamente in stärkerem Ausmaß einbezogen werden in die Gestaltung der Politik ihrer Regierungen im Ministerrat und daß das Europäische Parlament umfassende Mitentscheidungsrechte auf Gemeinschaftsebene als Gesetzgeber ausüben kann.

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente befinden sich nicht in einem Wettstreit um Befugnisse, sondern müssen ihre jeweiligen Kontrollrechte entschlossen wahrnehmen. Dazu gehört insbesondere auch eine wirksame Haushaltskontrolle. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten wie auch

bessere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen nationalen Parlamenten entsprechen dem gemeinsamen Interesse und müssen weiter verbessert werden.

● **Subsidiarität gestalten**

Wir wollen ein Europa, in dem so bürgernah wie möglich entschieden wird. Nur das soll gemeinsam in Europa geregelt werden, was nicht besser national oder regional entschieden werden kann. Was aber besser europäisch entschieden werden kann, muß auch die Europäische Union entscheiden.

Kommunen, Regionen, Nationen und Europäische Union gehören zur europäischen Identität. Sie sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich. Europas Vielfalt ist sein Reichtum, Europas Einheit seine Stärke.

● **Erweiterung vorbereiten**

Wir begrüßen die Aufnahmebereitschaft der Europäischen Union für weitere europäische demokratische Staaten, die sich ihr anschließen wollen, ihre Ziele und Werte teilen und bereit und in der Lage sind, den „acquis communautaire“ zu übernehmen. Die Regierungskonferenz 1996 muß deshalb entschiedene Maßnahmen ergreifen, damit die Europäische Union auch noch nach der Erweiterung um Malta und Zypern und Staaten in Mittel- und Osteuropa sowie den baltischen Staaten mit dann 20 oder mehr Mitgliedern funktionieren kann.

Die Europäische Union hat eine große Verantwortung für die neuen Demokratien Europas. Wir wollen diese Länder beim Aufbau ihrer jungen Demokratien solidarisch unterstützen und sie schrittweise an die Europäische Union heranzuführen. Damit dienen wir dem Frieden und der Freiheit und dem Wohlstand in unserem gemeinsamen Interesse. ■

Europol muß durch Europäisches Parlament kontrolliert werden

Die Tätigkeit von Europol muß der parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlamentes unterstellt werden. Nur so kann das notwendige Mindestmaß demokratischer Kontrolle gewährleistet werden, sagte der innenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Berichterstatter des EP zu Europol, Hartmut Nassauer, zu dem Innenministertreffen, bei dem die Europol-Konvention im Mittelpunkt der Tagesordnung gestanden hatte.

Nassauer machte darauf aufmerksam, daß die EU-Innenminister sich bereits im März darauf geeinigt hätten, den Umgang mit „sensiblen“ Daten den Europol-Mitarbeitern vorzubehalten. Nur Beamte, die mit einem bestimmten Analyseprojekt befaßt seien, sollten demzufolge Zugang zu personengebundenen Daten haben. Ihre Tätigkeit werde von der parlamentarischen Kontrolle der jeweiligen nationalen Parlamente nicht erfaßt.

Die Europol-Analysen drohten damit zu einem „kontrollfreien Raum“ zu werden. Damit gerate die Europol-Konvention auf Kollisionskurs mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Maastrichter Vertrag. Dort hätten die Karlsruher Verfassungsrichter aus dem Demokratiegebot des Grundgesetzes die Notwendigkeit demokratisch-parlamentarischer Kontrolle überall dort abgeleitet, wo europäisches Handeln der nationalen Verantwortung entwachse.

Unklarheiten über die nach deutschem Verfassungsrecht gebotene demokratische Kontrolle über Europol könnte die Ratifizierung der Europol-Konvention erschwe-

ren, meinte Nassauer. „Es wäre unerträglich, wenn die zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität so dringend notwendige europäische Polizei nach dem mühsamen Prozeß der Erarbeitung der Europol-Konvention auch noch Stolpersteine auf dem Weg zur Ratifizierung zu überwinden hätte.“

Nassauer forderte vor allem Frankreich und Großbritannien auf, im Innenministerium ungeachtet ihrer Betonung des zwischenstaatlichen Charakters der gemeinsamen Innenpolitik den Weg zu einer echten parlamentarischen Kontrolle über Europol durch das Europäische Parlament freizumachen. Die im Rat gegenwärtig offenkundig diskutierte Konsultationslösung bezeichnete Nassauer als unzureichend. Damit gewönne das EP zwar ein Anhörungsrecht, die alleinige Entscheidungsbefugnis des Rates bleibe aber ungeschmälert.

Nassauer sagte, das Pariser Ergebnis sei insgesamt ein deutlicher Fortschritt für Europol aber noch nicht der notwendige Durchbruch. Inzwischen zeichne sich eine Europol-Konvention ab, die zwar viele Fragen offenlasse und in einer Reihe von Einzelheiten kritikwürdig sei. Derzeit komme es aber vor allem darauf an, die Konvention endlich zu verabschieden und den Ratifizierungsprozeß voranzutreiben, damit Europol endlich seine Arbeit aufnehmen könne.

Da alle EU-Mitgliedstaaten uneingeschränkt davon überzeugt seien, daß die organisierte Kriminalität nur mit Hilfe von Europol wirksam bekämpft werden könne, wäre es unverantwortlich, den Europol-Start weiter zu verzögern.

Reform des Kindschaftsrechts:

Ohne Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit der Ehe

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, erklärte zur Diskussion um die Besserstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften:

Die CDU/CSU wird nicht zulassen, daß die notwendige Reform des Kindschaftsrechts zu einer Revision des gesetzlich garantierten Schutzes der Ehe ausgenutzt wird. Erforderlich sind gesetzliche Regelungen, die die Rechte der Kinder aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften verbessern. Ausgedehnte Diskussionen über eine Gleichstellung der Ehe mit nichtehelichen Lebensgemeinschaften bringen uns hier nicht weiter. Der verfassungsmäßig festgeschriebene Vorrang der Ehe vor anderen Lebensgemeinschaften darf nicht angetastet werden.

Die Position des Vaters eines nichtehelichen Kindes muß jedoch gestärkt werden.

Insbesondere wenn er in einer Lebensgemeinschaft mit Mutter und Kind lebt, ist eine Teilung der Verantwortung für das Kind erforderlich. Auf gemeinsamen Antrag hin muß das gemeinsame Sorgerecht der Mutter und des Vaters eines nichtehelichen Kindes ermöglicht werden. Der nichteheliche Vater muß darüber hinaus das Sorgerecht erhalten können, wenn die Mutter als Sorgeberechtigte des Kindes ausfällt. Auch im Erbrecht müssen nichteheliche Kinder bessergestellt werden. Hier gilt es, zügig die notwendigen Regelungen zu beschließen.

Nichteheliche Kinder sind benachteiligt, wenn ihre Eltern sich nicht zu einer Ehe entschließen können. Ihre rechtliche Stellung muß daher durch Gesetze verbessert werden. Nachteile, die für nichteheliche Lebensgemeinschaften bestehen, können jedoch leicht überwunden werden. Die Partner können heiraten.

Forumsveranstaltung in Steinfurt

Bereits zum dritten Mal hat der CDU-Kreisverband Steinfurt eine ganztägige Forumsveranstaltung durchgeführt. Standen 1993 die Wirtschafts- und 1994 die Familienpolitik im Mittelpunkt, so ging es diesmal um die Bildungspolitik.

Einen ganzen Tag diskutierten rund 100 interessierte Teilnehmer aus der CDU, aber auch Gäste von außerhalb der Partei mit Experten im Plenum und in den vier Arbeitskreisen.

Hauptredner war Norbert Lammert,

Parlamentarischer Staatssekretär – früher im Bildungs- und jetzt im Wirtschaftsministerium. Zum Abschluß stand die Verabschiedung eines „Bildungspolitischen Manifestes“ auf der Tagesordnung. Klar, daß die CDU auch jetzt wieder – wie bereits im Vorjahr – eine kostenlose Kinderbetreuung anbietet – und das mit großem Erfolg. Der besondere Dank des CDU-Kreisvorsitzenden Karl-Josef Laumann, MdB, galt dann auch denen, die bei der Betreuung der Steppkes mitgeholfen haben.

Von steigendem Fremdenhaß kann keine Rede sein

Zu dem von der Organisation „Human Rights Watch“ veröffentlichten Bericht über Menschenrechtsverletzungen und Fremdenhaß in der Bundesrepublik erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Andreas Krautscheid:

Der Bericht von „Human Rights Watch“ nimmt zwar den erfreulichen Rückgang ausländerfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahren zur Kenntnis, er beschreibt die tatsächliche Situation in Deutschland jedoch nicht mit dem erforderlichen Realismus. Von steigendem Fremdenhaß kann keine Rede sein. Hiergegen spricht allein schon der deutliche Rückgang der entsprechenden Straftaten und Verfahren. Selbstverständlich sind ausländerfeindliche oder rassistische Gewalttätigkeiten mit aller Schärfe weiterhin zu verfolgen. Die Polizei verzeichnet hierbei steigende Erfolge.

Positiv vermerkt der Bericht, daß nach den Änderungen des Asylrechts und der eingetretenen Verringerung der Asylbewerberzahlen eine deutliche Entspannung im Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern eingetreten ist. Hierbei haben die vielfältigen Maßnahmen unserer Aktionen, der Politik, der Polizei, der Justiz, aber insbesondere auch das Verhalten der Bundesbürger mitgeholfen. Dieser positive Trend muß weiter verstärkt werden. An dieser positiven Gesamtschätzung ändert auch die Tatsache nichts, daß in Einzelfällen auch Übergriffe im Bereich der Polizei vorgekommen sind, die selbstverständlich mit aller gesetzlichen Schärfe zu verfolgen sind.

Bedauerlich und inkonsequent ist die Kritik des Berichts an dem deutschen Vorgehen gegen die Publikation von neonazistischen und rassistischen Presseorganen. Hierin eine unzulässige Einschränkung der Meinungsfreiheit zu sehen, wie dies Human Rights Watch tut, ist widersprüchlich. Die deutschen Behörden müssen weiterhin mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Möglichkeiten gegen die Verbreitung von neonazistischem Gedankengut und Symbolen vorgehen. In diesem Zusammenhang wäre es hilfreich, wenn auch andere Länder, wie z. B. die USA, im Bereich der Verbreitung und Veröffentlichung derartiger Hetzschriften schärfer gegen deren Urheber vorgehen würden.

Personale

Der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf Vorschlag der Arbeitsgruppe Inneres **Eva-Maria Kors** zur Berichterstatterin für Aussiedlerfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestimmt.

Sie wird damit Nachfolgerin von **Gertrud Dempwolf**, die als Parlamentarische Staatssekretärin ins Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wechselte.

Eva-Maria Kors ist damit zuständig u. a. für die Fragen der Aufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern aus den osteuropäischen Staaten sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Keine zusätzlichen Spielräume für die Finanzierung neuer Ausgaben

Anlässlich der Feststellung des Bundesbankgewinns in der Sitzung des Zentralbankrates erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel am 20. April:

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am 20. April 1995 den Bundesbankgewinn für das Jahr 1994 festgestellt. Die Bundesbank wird dem Bund einen Betrag von 10.237 Mrd DM überweisen. Durch die Abführung des Bundesbankgewinns werden allerdings keine Spielräume für die Finanzierung zusätzlicher Ausgaben geschaffen. Denn die Verwendung des abgeführten Betrages ist gesetzlich festgelegt:

In dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Bundeshaushaltsplan für das Jahr 1995 sind – wie auch in den vergangenen Jahren – 7 Mrd. DM zur allgemeinen Deckung der Bundesausgaben vorgesehen. Der den Betrag von 7 Mrd. DM übersteigende Teil des Bundesbankgewinns (rd. 3,2 Mrd. DM) wird 1995 erstmalig für den Abbau der Schulden des

Erblastentilgungsfonds (ELF) eingesetzt, in dem die finanziellen Erblasten der ehemaligen DDR zusammengefaßt sind. Diese, bereits im Föderalen Konsolidierungsprogramm getroffene Regelung wird dazu beitragen, die Erblastschulden der ehemaligen DDR, die sich auf insgesamt rd. 360 Mrd. DM belaufen werden, innerhalb einer Generation zu tilgen.

Im übrigen sieht der vom Deutschen Bundestag verabschiedete Bundeshaushaltsplan für das Jahr 1995 eine Zuweisung des Bundes an den ELF in Höhe von 25,4 Mrd. DM vor. Die zusätzliche Tilgung von Erblastschulden in Höhe von über 3 Mrd. DM wird ab dem nächsten Jahr zur Einsparung von Zinsausgaben im Haushalt des ELF in Höhe von rd. 200 Mio DM führen. Diese Verwendung des Bundesbankgewinns führt daher Jahr für Jahr zu einer Erhöhung des Tilgungsanteils in der Zuführung des Bundes an den Erblastentilgungsfonds.

1994 mehr Selbständige in den Freien Berufen

564.000 selbständig tätige Freiberufler ermittelte das Institut für Freie Berufe an der Universität Nürnberg im Januar 1995 in den alten und neuen Bundesländern. Das sind 15.000 mehr als noch vor einem Jahr.

In den neuen Bundesländern sind die Gründerjahre inzwischen in eine Phase der Stabilisierung übergegangen, die Freien Berufe konnten dort einen Anstieg um 1.200 Selbständige ver-

zeichnen. In den alten Bundesländern hingegen war die Entwicklung von einem dynamischen Wachstum gekennzeichnet: die Selbständigen in den Freien Berufen wuchsen um 13.700 auf 492.600 an.

Sowohl das Institut der Freien Berufe als auch der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) rechnen damit, daß spätestens im Jahr 1997 die Marke von 600.000 selbständigen Freiberuflern in Deutschland erreicht wird.

Bevölkerung wächst bis 2010 um fünf Millionen auf 85,7 Millionen

Die erste Bevölkerungsprognose für alle Regionen des Bundesgebietes bis zum Jahr 2010 liegt jetzt vor. Demnach wird die Bevölkerung in Deutschland weiter anwachsen. Diese Gesamtentwicklung weist jedoch regional sehr unterschiedliche Tendenzen auf. Bundesbauminister Klaus Töpfer stellte am 21. April die „Raumordnungsprognose 2010/Teilbereich regionale Bevölkerungsprognose“ vor. Diese Prognose ist von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) erarbeitet worden.

Um die Siedlungsentwicklung sowie den Wohnungs- und Infrastrukturbedarf der nächsten 15 Jahre verlässlich abschätzen zu können, sind gesicherte Annahmen über die mittelfristige Nachfrage und damit über die Bevölkerungsentwicklung erforderlich. Eine regional differenzierte Betrachtung führt dabei zu wesentlich aussagefähigeren Ergebnissen als eine Beschränkung auf die Bevölkerungsgröße insgesamt.

Diese Prognose basiert auf dem Status Quo, also auf der Grundlage der gegenwärtigen Rahmenbedingungen. Die BfLR betont, daß es die Aufgabe der Politik ist, Schlußfolgerungen für die aktive Beeinflussung dieser Entwicklungen zu ziehen.

Die der BfLR-Prognose zugrunde gelegten Annahmen über Häufigkeit von Geburten und Sterbefällen, Umzüge innerhalb Deutschlands und Zu- und Abwanderungen von und nach Drittländern sind mit maßgeblichen Bevölkerungswissenschaftlern erörtert worden. Die Annahmen wurden dann mit den Ausgangsdaten eines jeden Teilraums zusammengeführt, um die Besonderheiten der jeweiligen Regionen,

z.B. hinsichtlich der Altersstruktur zu berücksichtigen.

Der von der BfLR prognostizierte Zuwachs resultiert aus einem positiven Außenwanderungssaldo von 8 Millionen Menschen. Dem steht ein Minus in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung von 2,6 Millionen gegenüber. Die Binnenwanderung zwischen neuen und alten Ländern wird sich unter 300.000 Menschen bewegen.

Die regionale Bevölkerungsprognose 2010 der Bundesforschungsanstalt kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Die Bevölkerung wird insgesamt zwischen 1991 und 2010 um ca. 5 Millionen auf über 85 Millionen Personen wachsen;
- die Wanderung von den neuen in die alten Länder schwächt sich ab;
- das Umland der großen Verdichtungsregionen des Bundesgebietes - etwa der

Bundesbauminister Klaus Töpfer stellt Raumordnungsprognose 2010 vor.

Hamburger Raum, die Regionen entlang der Rheinschiene, der Frankfurter Raum, die Regionen Stuttgart und München - werden noch um bis zu 10 Prozent wachsen. Insgesamt verzeichnen fast alle süddeutschen Regionen überproportional hohe Zunahmen;

- die meisten ostdeutschen Regionen werden Bevölkerung verlieren. Besonders ausgeprägt wird der Rückgang in

den ländlich strukturierten Regionen im Nordosten von Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern sein;

- der Großraum Berlin wird hingegen Bevölkerungszunahmen aufweisen;
- generell steigt der Altersdurchschnitt der Bevölkerung; diese Entwicklung wird sich im Zeitraum nach 2010 verstärkt fortsetzen.

Gegenläufige Entwicklungen

Bundesbauminister **Klaus Töpfer**: Wir müssen uns auf zwei sehr unterschiedliche Entwicklungen einstellen: In den großen Verdichtungsregionen mit ihren zum Teil jetzt schon vorhandenen Überlastungserscheinungen wird die Bevölkerungszahl weiter erheblich wachsen, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. In den strukturschwachen ländlichen Räumen, z.B. in Mecklenburg-Vorpommern und in Nordbrandenburg, wird die Bevölkerung weiter abnehmen. Dies hätte die Konsequenz, daß es immer schwieriger sein wird, eine infrastrukturelle Grundversorgung aufrecht zu erhalten. Die Politik muß in beiden Regionstypen diese Entwicklung durch eine aktive Raumordnungs- und Landesentwicklungspolitik gestalten. Wir benötigen eine nachhaltige, raumverträgliche Siedlungsstruktur und eine entsprechende regionale Wirtschaftspolitik.

Hierzu sind erforderlich:

- Leistungsfähige Städte im weiteren Umland der großen Verdichtungsregionen sind als Entlastungsorte auszubauen;
- durch eine integrierte Siedlungsplanung sind die Standorte für Arbeiten und Wohnen wieder enger zusammenzuführen, um das Pendleraufkommen zu reduzieren und um Freiflächen zu sichern;
- innerhalb und zwischen den großen

Verdichtungsregionen ist ein zusammenhängendes großräumiges Biotopverbundsystem aufzubauen;

- Bauland sollte in erster Linie an solchen Standorten ausgewiesen werden, die über eine gute ÖPNV-Anbindung verfügen;
- die Städte innerhalb der Verdichtungsregionen sollten ihre Flächennutzungskonzepte künftig besser aufeinander abstimmen, um zu Gesamtkonzeptionen für die Region zu gelangen.

Grundausstattung sichern

In den strukturschwachen ländlichen Regionen wird es neben der Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen vor allem darum gehen, die Grundausstattung dieser Regionen mit Infrastruktur und Geschäften des täglichen Bedarfs zu sichern sowie gut erreichbare Mittelpunktsgemeinden auszubauen, um die Versorgung für andere Gemeinden mit übernehmen zu können (etwa ärztliche Versorgung, Schulen, Sozialeinrichtungen).

Zitat

... wenn wir beispielsweise einen Arbeitsplatz für mehr Sicherheit, Sauberkeit und Service im öffentlichen Personennahverkehr anbieten und wenn dann einer kommt, der arbeiten kann, und sagt, er möchte aber lieber weiter von Sozialhilfe und ein bißchen Schwarzarbeit leben, dann muß man sagen: Gut, jeder ist seines Glückes Schmied, du mußt ja nicht, aber zahlen werden wir dann auch nicht mehr. ... Das gibt es übrigens in anderen sozialdemokratisch regierten europäischen Ländern auch.

Henning Voscherau, Erster Bürgermeister (SPD) von Hamburg in „Die Woche“ vom 13. April 1995

Mehrheit in Berlins CDU für Länderehe

Premiere einer Mitgliederbefragung

Die eigens organisierte historische Berliner Waage von 1912 neigte sich eindeutig zu dem Stapel mit den Ja-Karten: Die Berliner CDU hat sich mit großer Mehrheit für die geplante Länderfusion mit Brandenburg ausgesprochen.

Bei einer schriftlichen Befragung der rund 15.000 hauptstädtischen Christdemokraten votierten 74,8 Prozent für die Fusion, wie die Auszählung am 21. April ergab. Von den 4.572 abgegebenen gültigen Stimmen bei der Mitgliederbefragung lauteten 3.422 „Ja“ zur Länderfusion.

Als Zeitpunkt der Vereinigung wurde von rund drei Viertel der Fusionsbefürworter das Jahr 1999 favorisiert. Nur 25 Prozent votierten für den Termin 2002. Die Beteiligung an der in dieser Form erstmals von einer der großen Parteien in Deutschland durchgeführten Mitgliederbefragung zu einem Sachthema lag bei 32 Prozent der Mitglieder, eine Resonanz, mit der sich der Landesvorsitzende Eberhard Diepgen zufrieden zeigte.

Mit der Mitgliederbefragung, deren Ablauf innerhalb der Landessatzung noch nicht formal verankert ist, wurde ein Landesparteitagsbeschluss umgesetzt. Alle Mitglieder waren zwei Wochen vor dem Auszählungstermin persönlich angeschrieben worden und hatten eine Abstimmungspostkarte erhalten.

Der Generalsekretär der Berliner CDU, Dieter Ernst, kündigte an, das Votum der Mitgliederbefragung werde nun in die Position der Partei zur Länderehe einfließen, über die auf einem Landesparteitag am 20. Mai beraten wird. In den kommenden Wochen werde die Diskussion über den Entwurf des Anfang April ausgehandelten Staatsvertrages fortgeführt, auch in der

CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Es gelte nun, so der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, die letzten Skeptiker der Fusion noch zu überzeugen.

Die Berliner CDU setzte mit der Umfrage einen weiteren Akzent für den Politik-Schwerpunkt im Wahljahr: „Wir werden immer wieder das Gespräch mit den Menschen suchen, innerhalb der Partei und draußen auf der Straße“, erklärte der Wahlkampfleiter der Berliner CDU, Peter Radunski. Bereits im Februar hatte die Berliner CDU mit großem Erfolg eine stadtweite Umfrage zu verschiedenen aktuellen Politikthemen durchgeführt, an der etwa 11.000 Berliner teilgenommen hatten. Diese Umfrageaktion wird im Mai mit erweiterten Themen fortgesetzt werden.

Carola Hartfelder:

Jahrhundertentscheidung

Mit überwältigender Mehrheit hat sich auch die CDU in Brandenburg für die Fusion von Berlin und Brandenburg ausgesprochen.

Auf ihrer Landesversammlung am 22. April in Potsdam stimmten die 219 Delegierten bei weniger als zehn Gegenstimmen für die Länder-Ehe und legten sich gleichzeitig auf 1999 als Fusionsjahr fest.

Die CDU-Landesvorsitzende Carola Hartfelder begrüßte das Ergebnis der Abstimmung als „Jahrhundert-Entscheidung“ und als wichtige Voraussetzung für die Schaffung besserer Lebensverhältnisse sowohl in Brandenburg als auch in Berlin.

Aus dem Bildungsangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Bildungszentrum Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung will mit seinen Veranstaltungen die Erinnerung an die revolutionären Ereignisse im Herbst 1989 wachhalten, die Ursachen und den Verlauf aufzeigen und damit eine der bewegendsten Epochen der gemeinsamen Geschichte aller Deutschen erlebbar machen.

So das Vorwort zum aktuellen Halbjahresprogramm des unweit von Magdeburg gelegenen Bildungshauses. Zahlreiche Veranstaltungen dienen der Umsetzung dieses Auftrags. Den

Wendgräbener Dialogforen

kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

Termine, Themen und Veranstaltungsorte:

● 12.–13. Mai 1995

„Wohlstand, Besitzstand, Stillstand?“ – Deutschland als Wirtschafts- und Sozialstandort im Härtesten.

Ort: Magdeburg

● 16.–17. Juni 1995

Leben in der Diktatur – Gegner des SED-Regimes und ihre Schicksale.

Ort: Waldheim

● 22.–23. September 1995

„Wir sind ein Volk“ – Westdeutsche und ostdeutsche Identität: Bundesrepublik Deutschland und DDR als „Fußnoten“ einer Geschichte der deutschen Nation.

Ort: N.N.

● 15.–16. Dezember 1995

Die DDR und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus – Die Legende vom antifaschistischen Selbstverständnis der DDR.

Ort: N.N.

Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Wendgräben
Postfach 16
D-39279 Loburg
FAX: (03 92 45) 27 85**

Gudrun Heute-Bluhm Oberbürgermeisterin in Lörrach

Einen „großen Erfolg für die CDU“ und zugleich ein „wichtiges frauenpolitisches Signal“ nannte der Fraktionsvorsitzende der CDU im baden-württembergischen Landtag, Günther Oettinger, die Wahl der Freiburger Vize-Landrätin, Gudrun Heute-Bluhm, zur neuen Oberbürgermeisterin von Lör-

rach. Mit einer Mehrheit von 129 Stimmen setzte sie sich gegen den SPD-Bewerber durch und machte offenbar den von ihr angekündigten „Neuanfang“ sowie eine „andere Stadtpolitik“ glaubhafter als ihr Gegenkandidat die seinen Wählern zugesagte Bürgernähe.

„Perspektiven: Politik bestimmt weiblich“

Zehn Jahre nach dem Essener Parteitag mit seinen richtungsweisenden Leitsätzen „Die neue Partnerschaft – Frauen in Beruf, Familie und Politik“ wird sich eine bundesweite Veranstaltung der Frauen-Union am 1. Mai 1995 erneut mit Perspektiven auseinandersetzen, die Frauen in der Politik über das Jahr 2000 hinaus für wesentlich halten. Nicht nur die Bilanz des bisher Erreichten soll aufgezeigt werden. Es gilt auch, neue Prioritäten zu setzen.

- **FRAUEN** haben erkannt, daß ohne die Verbindung von Ökonomie und Ökologie eine Zeitbombe tickt, die die Lebensgrundlage der Menschen auf der ganzen Welt zerstört.
- **FRAUEN** erfahren, daß Frieden nicht ein Wert unter anderen ist, sondern der zentrale Wert für die Lebensinteressen von Menschen: Frauen, Männern und Kindern.
- **FRAUEN** wissen, daß es ohne soziale Gerechtigkeit eine Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft nicht geben wird. Und:
- **FRAUEN** sind sich im Klaren darüber, daß die Solidarität der Generationen heute wie ehemals gelebt und geübt werden muß.

1985 haben die Leitsätze zur neuen Partnerschaft sowie politische Reformen für Frauen mehr Chancen eröffnet als je zuvor. 1995 befindet sich weltweit die menschliche Gesellschaft im Umbruch. Selbstkritisch muß hinterfragt werden, ob wir auf diese Rolle schon genügend vorbereitet sind und in welcher Weise sich Frauen beteiligen müssen. Die eigenständige Ant-

wort der Frauen und ihre Erfahrungen im politischen Machtgefüge fehlen nach wie vor – sie sind Chance und Perspektive zugleich.

Lesen Sie, daß Frauen in allen Bereichen heute andere Prioritäten setzen.

„Frau und Politik“ Nr. 2/95 „Perspektiven“ ist zu beziehen bei:

Union-Betriebs GmbH,
Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
53113 Bonn,
Tel. (02 28) 54 43 14,
Fax (02 28) 54 45 86.

Bei Bestellung von mehr als 50 Stück wird ein Betrag von DM 1,- pro Stück erhoben.

Frau und Politik

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Voltaire



PERSPEKTIVEN

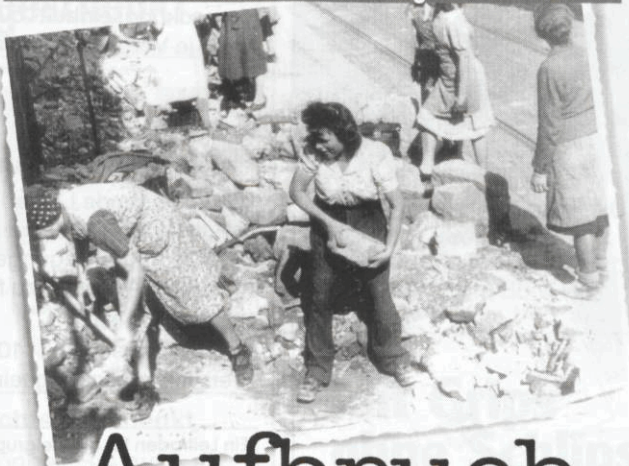
2/95

„Frau und Politik“

2/95

SCHÜLERWETTBEWERB!

Christlich - demokratischer Neubeginn nach 1945



Aufbruch nach der Katastrophe!

Infos:
Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling
Telefon: 02236/707-406

Die Aufgabe des Schülerwettbewerbs der Konrad-Adenauer-Stiftung besteht darin, den christlich-demokratischen Neuanfang in Deutschland nach dem Ende des 2. Weltkrieges zu untersuchen und lebendig werden zu lassen.

- Wie war die Ausgangslage 1945?
- Welche Motive führten zur Gründung der Christlich Demokratischen Union?
- Welche Frauen und Männer repräsentierten diesen politischen Neuanfang?

Wir interessieren uns für alles, was mit dem christlich-demokratischen Neubeginn zu tun hat.

Die Produkte der Recherchen dürfen ruhig interessant aufbereitet sein:

z. B. Videofilme, Reportagen, Aufsätze, Fotoserien, Collagen, Features etc. etc.

Teilnehmer: Gruppen und einzelne Schüler / Schülerinnen ab 16 Jahre

Einsendeschluß: 20. November 1995

Schirmherrschaft: Bundesministerin Claudia Nolte

Materialien der Frauen-Union



● Frauen knüpfen Netze für die Zukunft

Der gleichlautende Beschluß vom 20. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union hat zum Ziel, die Vernetzung von Frauen und Fraueninitiativen zu fördern, um die Kenntnis und Kompetenz der Frauen in einem Netzwerk zusammenzuführen. Der Beschluß „Frauen knüpfen Netze für die Zukunft“ enthält viele Anregungen für die Arbeit der Frauen-Union, aber auch für die Zusammenarbeit mit Verbänden, Einzelpersonen und mit anderen Netzwerken.

Bestell-Nr.: 2963

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 18,— DM

● Vorfahrt für Familien

Bestell-Nr.: 2969

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 20,— DM

● Partnerschaft von Frau und Mann in der CDU Deutschlands

Diese Broschüre enthält die wichtigsten Parteitagebeschlüsse der CDU zur politischen Gleichstellung von Frau und Mann.

Bestell-Nr.: 2105

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 28,50 DM

● Politik weiblich — Themen, Tips und Fakten

Der vorliegende Leitfaden zur Zielgruppenansprache soll Ihnen helfen, Lösungsansätze und Anregungen für die Vorbereitung Ihrer Aktionen zu finden.

Bestell-Nr.: 4602

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 15,— DM

Ein Leitfaden für die Zielgruppenarbeit mit Frauen



Politik weiblich -
Themen, Tips
und Fakten



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: 054 23/4 1521

Wir kriegen nichts geschenkt.

← DIESES GESCHENKPAPIER DÜRFEN SIE ALLERDINGS BEHALTEN.

Endlich ein Faltblatt, mit dem Sie etwas anfragen können.



Die gute alte Zeit. Fragt sich nur für wen.

Erst seit 1900 dürfen Frauen an deutschen Universitäten studieren.

Heute sind Mädchen zahlenmäßig an allgemeinbildenden Schulen gleich stark vertreten wie Jungen. Mädchen erzielen aber merkliche bessere Schießergebnisse und setzen bessere Durchschnittswerte in den Abschlussleistungen auf. 51,0% der Abiturienten sind weiblich, jedoch nur 38,2% der Hochschulabsolventen sind Frauen.

▲ Wir kriegen nichts geschenkt

Dieses Faltblatt können Sie auch als Geschenkpapier verwenden.

Größe: 67 x 46 cm

Bestell-Nr.: 2812

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 20,- DM



▲ Fahrradschlüssel „Strickliesels Töchter“

Bestell-Nr.: 9808

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,- DM



▲ Notizbuch der Frauen-Union

Bestell-Nr.: 9807

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 36,- DM

Mit Grips ohne Schlips.



▲ Poster: Mit Grips ohne Schlips

Bestell-Nr.: 7722

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 16,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Wertvolle Tips für Urlaub mit Kindern

● Familienurlaub

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik hatte im letzten Jahr viele Familien dazu aufgerufen, ihre Erfahrungen zum Thema „Urlaub mit Kindern“ aufzuschreiben. Aus den zahlreichen Einsendungen ist nun die Broschüre „Familienurlaub“ entstanden, die u. a. auch Tips und Hinweise für einen kostengünstigen Urlaub enthält.

Bestell-Nr.: 4925

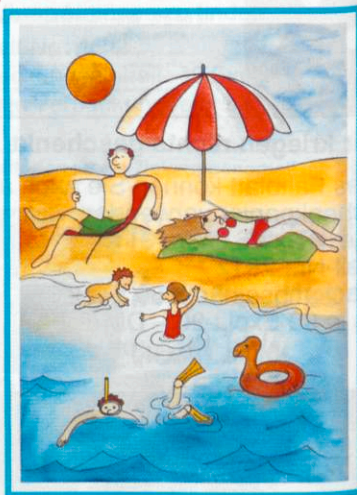
Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je 25 Expl.: 18,- DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

Familienurlaub



CDU

UID

14/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** von Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.